

LINKE stellt Antrag auf ein Azubi- und Studierendenticket

Die Fraktion DIE LINKE hat in der Landtagssitzung im Mai den Antrag auf ein Azubi- und Studierendenticket gestellt, damit Jugendliche und junge Erwachsene bei ihren Fahrtkosten zur Ausbildungsstätte, zur Berufsschule oder Universität finanziell entlastet werden. Damit könnte für Auszubildende und Studierende endlich auch das gelingen, was beim Schülerferienticket seit Jahren funktioniert.

Im Koalitionsvertrag steht, dass in dieser Legislaturperiode ein Azubiticket eingeführt werden soll, aber die Koalition tut sich damit sehr schwer. Niemand bezweifelt, dass es aufwändig sein wird, solche Tickets einzuführen. Es sind Abstimmungsgespräche mit Tarifverbänden, Landkreisen, Universitäten, Studierendenvertretungen, Kammern und berufsbildenden Schulen zu führen. Aber es wird sich aus unserer Sicht lohnen, weil die Attraktivität unseres Landes für junge Menschen dadurch steigt. Im Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr wurde im Januar 2018 dazu beraten, mit dem Ergebnis, dass die Einführung kurzfristig an Schwierigkeiten wie am Fehlen eines einheitlichen Tarifgebietes, der Finanzierung und daran scheitert, dass das geplante Azubi-Ticket zu unkonkret formuliert sei.

Es wurde im Januar vereinbart, dass das Ministerium prüft, die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Auszubildende zu den Kosten der auswärtigen Unterbringung sowie zu Fahrtkosten aus Anlass des Besuchs einer auswärtigen Berufsschule“ zu ändern und zu prüfen, ob das Ergebnis im März oder April dieses Jahres dem Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr vorgelegt werden kann. Jetzt ist Ende Mai, das neue Ausbildungsjahr beginnt in knapp zwei Monaten und es ist keine Regelung in Sicht.

Mit der Zustimmung zu unserem Antrag hätten die anderen Fraktionen etwas dafür tun können, dass Sachsen-Anhalt für Auszubildende und Studierende attraktiver wird und damit dem drohenden Fachkräftemangel entgegenwirken.

Sie hätten durch die Zustimmung zu unserem Antrag auch dafür sorgen können, dass es sich junge Menschen trotz knapper Ausbildungsvergütung bzw. knappen BaföG leisten können, den ÖPNV zu nutzen. Damit wäre endlich mal eine konkrete Maßnahme beschlossen worden, um das ÖPNV-Angebot zu stärken.

Nun wurde unser Antrag von den anderen Fraktionen in verschiedene Ausschüsse des Landtags verwiesen und wir müssen befürchten, dass sich die Diskussionen dort so lange hinziehen, dass für das beginnende Ausbildungsjahr keine Entscheidung erfolgen wird.

Doreen Hildebrandt

Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik, Verkehrspolitik,